

Betreten verboten – auch für den Innenminister

Ortstermin am Schießstand Warder: Keiner durfte auf das umstrittene Gelände

Warder/sro – Eigentlich hatte die „Bürgerinitiative (BI) Naturpark ohne Schießlärm“ auf eine Groß Vollstedter Wiese eingeladen, um zu zeigen wie groß die Verschmutzung durch die Munition auf der weit ent-

fernten Grünfläche ist. Eigentlich.

Schleswig-Holsteins Innenminister Dr. Ralf Stegner war in seiner Funktion als Bordesholmer Landtagsabgeordneter erschienen. Warders Bürgermeister Jürgen Lucht war

ebenso wie sein Groß Vollstedter Amtskollege Heinz Volkmann gekommen, um sich ein Bild von der Situation in unmittelbarer Nähe des umstrittenen Schießstands zu machen.

Doch Eckhard Helmbold, Sprecher der BI, empfing die geladenen Gäste sowie rund 50 interessierte Bürger mit einer überraschenden Nachricht: „Gestern Abend habe ich von dem Landbesitzer einen Anruf erhalten. Er hat das Betretungsrecht widerrufen.“ Am Montag habe Helmbold durch die Nortorfer Polizei den Grund für diesen plötzlichen Sinneswandel erfahren. Nach Auskunft der Beamten habe der Besitzer die Wiese neben der Fuhlenau verkauft – an Schießstandbetreiber Patrick Quast. Dieser hatte die Ordnungshüter darüber informiert und gebeten,

dass die Polizei vor Ort dafür Sorge trage, dass sein Gelände nicht betreten werde.

„Nur am Rande: Es ist schon ein wenig verwunderlich, dass hier die Polizei geholt werden soll, um gegen ihren obersten Dienst-

herrn aktiv zu werden“, sagte Stegner ernst. Dass den Minister das ganze Prozedere alles andere als amüsierte, war ihm deutlich anzumerken.

Auch die Gemeindechefs waren von der neuesten Entwicklung sichtlich überrascht

worden und standen mit erstauntem Gesichtsausdruck wenige Meter neben den neuen gelben Warnschildern mit der Aufschrift „Achtung Schießgelände Lebensgefahr Betreten verboten“. „Diese ganze Aktion und auch die Show mit den Schildern sprechen nicht für ein gutes Gewissen“, urteilte der Innenminister.

Den Bürgermeistern gab der Sozialdemokrat mit auf den Weg, dass es wichtig sei „in den Gemeinden eine deutliche politische Willenserklärung“ anzustreben. An die Adresse des verhinderten Landrats Wolfgang von Ancken gerichtet – der als Vorsitzender die Aufsichtsratssitzung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft leitete – sagte Stegner: „Der Landrat erweckt ein Stück weit den Eindruck, dass mit den Ministerien alles abgesprochen sei – das betrifft aber nur die baurechtliche Seite.“ In Bezug auf eine angekündigte Lösung, die mit den Betreibern verhandelt werden soll, forderte Stegner: „Die Gemeindevertreter müssen dem Kreis ausdrücklich klarmachen, dass sie nicht nur über die Gespräche informiert, sondern daran beteiligt werden.“

Der richtige Weg sei es, Experten damit zu beauftragen, die Belastung des Geländes festzustellen. Dann könnten Pläne für eine Sanierung und weitere Schritte gemacht werden.

Es ist schon verwunderlich, dass hier die Polizei geholt werden soll, um gegen ihren obersten Dienstherrn aktiv zu werden.“

Innenminister Stegner



Betretene Gesichter: Minister Ralf Stegner (von links), BI-Sprecher Eckhard Helmbold, die Bürgermeister Jürgen Lucht und Heinz Volkmann durften nicht auf die Wiese. Foto: Rother